
Niederschrift

Gremium:	Bauausschuss
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 29.04.2015
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:09
Sitzungsort:	Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Peter Jagolski
Stellv. Vorsitzender

 Ute Hammermeister
Protokollführer
Anwesend:**Bürgermeister**

Herr Andreas Brohm

Stellv. Vorsitzender

Herr Peter Jagolski

Mitglieder

Herr Torsten Fettback
Herr Hans-Peter Gürnth
Herr Falk Mainzer
Herr Wolfgang März
Herr Ulf Osterwald
Herr Dieter Pasiciel

sachkundige Einwohner

Frau Janet Gruber
Herr Friedrich Kersten

Protokollführer

Frau Ute Hammermeister

Mitarbeiter Verwaltung

Herr Erich Gruber

Gäste

Herr Dirk Michaelis LK Stendal

Abwesend:**Vorsitzender**

Herr Robert Gravert entschuldigt

Mitglieder

Herr Detlef Radke unentschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Rosemarie Knopp entschuldigt

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Bauausschusses der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 29.04.2015, 19:00 Uhr im Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.:

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung
3. Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.01.2015
4. Informationen Neubau Norma-Markt in Tangerhütte
5. Vorstellung des Kreisentwicklungskonzeptes des Landkreises Stendal Vortrag Herr Michaelis Leiter Bauordnungsamt Landkreis Stendal
6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 BV 145/2015
7. Information zur neuen Förderphase Leader/ CLLD 2014-2020
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden
9. Anfragen und Anregungen

Nichtöffentliche Sitzung

10. Feststellung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils vom 21.01.2015
11. Anfragen und Anregungen
12. Schließen der Sitzung

Öffentlicher Teil**TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Herr Jagolski, stellv. Ausschussvorsitzender eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung wird festgestellt.

Herr Jagolski schlägt vor, den TOP 4 von der TO abzusetzen, da Frau Gohres (Norma) um eine Verschiebung gebeten hat, da sie noch nicht alle Zuarbeiten vorlegen kann. Dem stimmen die Ausschussmitglieder zu. Die veränderte TO wird festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.01.2015

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.01.2015 wird festgestellt.

TOP 4 Informationen Neubau Norma-Markt in Tangerhütte

siehe TOP 2

TOP 5 Vorstellung des Kreisentwicklungskonzeptes des Landkreises Stendal Vortrag Herr Michaelis Leiter Bauordnungsamt Landkreis Stendal

Herr Jagolski ruft den TOP auf und übergibt das Wort an **Herrn Michaelis** (Leiter Bauordnungsamt LK). Dieser stellt den 1. Entwurf des Kreisentwicklungskonzeptes (KEK) vor. In einem rund einstündigen Referat erläutert er die einzelnen Bereiche, wie u.a. Landschaftsraum, Siedlungsraum und städtebauliche Entwicklung, Verkehr, Bevölkerung und Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Tourismus, soziale und technische Daseinsvorsorge, Klimawandel und erneuerbare Energien. Dabei legt er dar, vor welchen Problemen und Herausforderungen der LK in den kommenden Jahren steht und wie er diese bewältigen will.

Dieser Entwurf wird in allen Einheits- und Verbandsgemeinden präsentiert. Bis 15. Juni besteht die Möglichkeit Hinweise, Ergänzungen, aber auch Kritik einzubringen, danach wird die endgültige Fassung fertiggestellt. Ziel ist die Beschlussfassung im Kreistag am 24.09.2015.

Er weiß, dass Tangerhütte ein Stadtentwicklungskonzept hat. Da besteht bestimmt die Frage (hat der Osterburger Bürgermeister schon gestellt), ob man daraus ein IGEK machen kann. Das kann man. Voraussetzung ist, dass es die Rahmenbedingungen erfüllt, die in der IGEK-Richtlinie stehen.

Herr Pasiciel sieht bei dieser SWOT-Analyse andere Ansatzpunkte. Es ist erwiesen, dass eine Gebietsreform, noch nie eine Einsparung gebracht hat. Als Beispiel führt er Grieben an, es war eine funktionierende Einheit, es gab immer nur schwarze Zahlen und im Gegensatz sieht er Tangerhütte, wo es rote Zahlen gab. Da fragt er sich, warum man nicht den umgekehrten Weg geht und sagt, da wo sich etwas entwickelt, da soll es sich auch entwickeln. Er hat es so verstanden, dass künftig nur noch Infrastruktur in den Kernstädten gefördert werden soll. Die Konzentration von Geschäften, Ärzten, Schulen usw. gehe zu Lasten der kleinen Dörfer.

Herr Michaelis versucht zu beschwichtigen. Natürlich will man konzentrieren, aber das heißt nicht, dass sich keiner mehr auf den Dörfern niederlassen darf. Natürlich freut man sich über jeden, der sich neu dort ansiedelt. Der Kreis ist aber bei den Infrastrukturplanungen an die Vorgaben des Landes gebunden und die sagen nun einmal Konzentration auf zentrale Orte und das ist hier in der EG Tangerhütte

Herr März stellt fest, dass schon oft Konzepte erstellt wurden, die dann wieder in der Schublade verschwunden sind. Das was Herr Michaelis hier vorgestellt hat, ist alles vernünftig und lobenswert, aber das Leben schreibt letztendlich, wo es lang geht. Was hier mit der Gebietsreform und der Kürzung der finanziellen Mittel gelaufen ist, bedeutet einen Zusammenbruch der Dörfer. Es gibt jetzt schon Ortschaften, wo es keine Ortschaftsräte mehr gibt. Es muss einfach geschafft werden, dass die Vereine vor Ort eine gewisse Stärkung erhalten, vorhandene Strukturen erhalten bleiben. Für ihn ist es unbeschreiblich, dass vom Kreis vorgeschrieben wird, dass nur 4 % der Mittel für freiwillige Aufgaben eingesetzt werden dürfen. Das größte Problem ist nach seiner Meinung, dass zu wenig gemacht werde, um das Zusammenleben in den Ortschaften zu regeln. Denjenigen, die sich in den Ortschaften aktiv einbringen, wird das Leben immer schwerer gemacht.

Ihm fehlen in diesem Konzept die Radwegestraßen, die in andere Kreise führen. Darum kümmert sich niemand.

Herr Michaelis antwortet, dass u.a. auch deswegen die Nachbarkreise mit im Boot sind. Diese wurden aber jetzt erst zu kreisübergreifenden Dingen gefragt, deshalb konnte im Konzept noch nichts stehen.

Zum Bürgerengagement sagt er, dass dieses nicht ausgenutzt werden darf, sondern durch Gesetze gestärkt werden sollte. In einigen Bereichen ist nämlich der Trend zu verzeichnen, dass man sich zurücklehnt und sagt, dass läuft doch.

Herr März schlägt vor, dass man einen Mitarbeiter für die Bearbeitung von Fördermitteln einstellt, da dieser Komplex sehr vielseitig ist und keiner die Zeit hat, sich damit umfangreichend zu beschäftigen.

Herr Gruber sagt, dass die Erstellung von Konzepten (ISEK, IGEK usw.) eine Voraussetzung ist, um überhaupt an Fördermittel heranzukommen. Eigentlich werden für diese Erstellung Profis benötigt.

Herr Michaelis wirft ein, dass für das IGEK sogar externer Sachverstand vorgeschrieben ist.

Herr Gruber stellt fest, dass man aus dem ISEK ein IGEK entwickeln kann. Es dient als Grundlage, die dann angepasst werden muss.

Herr Brohm fasst nochmals zusammen. Er sagt, dass es zunächst um eine Erfassung des Standes geht. Die Strategie des Bundes ist es, dass man mit Wachstum die Probleme der Zukunft lösen kann. Für uns bedeutet dies, dass wir mit der Schrumpfung die zunehmenden Probleme lösen müssen. Das ist völlig konträr, dem eigentlichen Trend. Das bedeutet für uns noch größere Herausforderungen, weil wir für weniger Menschen mehr leisten müssen. Das Konzept geht dahin, dass man intelligentere Lösungen finden muss.

Herr Michaelis sagt, dass es darum geht Herausforderungen zu beschreiben und versuchen Leute zu finden, die das entwickeln. Es wird vom qualitativen Wachstum gesprochen. Deswegen als Leitbild – „aus weniger mehr machen“.

Herr Brohm stellt fest, dass das für uns bedeutet, dass wir noch besser als alle anderen sein müssen.

Aus Sicht von **Herrn März** ist das der springende Punkt. Wachstum muss anders definiert werden. Für uns als EG wäre es angebracht, dass man dann ein Extrakt aus dem KEK hat, welches für uns gilt.

Herr Michaelis wirft ein, dass wäre das IGEK.

Herr Brohm sagt, dass wir gerade mit dem ISEK gestartet sind. Für die Erstellung haben wir Fördermittel bekommen. Es geht um die interkommunale Zusammenarbeit. Auf unsere Gemeinde bezogen bedeutet dies, Stadt – Ortschaften intern. Es geht nicht darum, Ortschaften kaputt zu machen. Es geht darum, die Austauschbeziehungen zu optimieren. Wir können nur überleben, wenn wir die kleinsten Zentren stärken, aber wir müssen Konzentrationsbewegungen durchführen und dann müssen die Austauschbeziehungen intensiviert werden. Das ISEK wird auch auf dem KEK aufbauen und mit dem IGEK (gibt noch keine Richtlinien, externe Fachkräfte gefordert) müssen wir uns nächstes/ übernächstes Jahr beschäftigen. Da geht es nicht nur um eine Bestandsaufnahme, es geht auch um Handlungen.

Er spricht noch eine Studie eines Berliner Institutes an. Dort wird gesagt, dass darüber nachgedacht werden muss, die Standards im ländlichen Raum abzusenken. Über bestimmte Dinge hat man sich auch schon in der EG Gedanken gemacht (ob man das wirklich braucht, ob es auch billiger geht). Das ist ja auch die Idee, dass wir uns Gedanken darüber machen, was brauchen wir und ob es unbedingt der obere Standard sein muss.

Herr Michaelis antwortet, dass darüber auch beim letzten Demographiekongress in Magdeburg gesprochen wurde. Standardabsenkung ist durchaus ein Thema. Man sagt aber grundlegend, dass Sicherheitsvorkehrungen nicht außer Kraft gesetzt werden dürfen.

Weitere Fragen gibt es nicht. Es war die Vorstellung des 1. Entwurfes.

Herr Jagolski bedankt sich bei Herrn Michaelis für die Ausführungen.

Herr Gruber sagt, dass er in Vorbereitung der nächsten SR-Sitzung eine MV erarbeiten wird. Falls es dann noch Änderungswünsche durch die Stadträte gibt, hat man noch bis zum 15.06.2015 (Vorlage LK) Zeit dies einzuarbeiten.

Herr Michaelis verlässt die Sitzung.

TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 DS-Nr.:BV 145/2015

Herr Brohm gibt Informationen zum HH. Im SR hatte er eine Gesamtübersicht gegeben. Diese will er hier nicht wiederholen. Im BA möchte er über die Investitionsliste reden. In der Übersicht wird deutlich, dass die Hälfte der Investitionspauschale für Grundschulen (GS) und Kitas ausgegeben werden soll. Beim Erstellen der Liste muss man sich Gedanken machen, was notwendig gemacht werden muss und man muss zwischen freiwilligen und Pflichtaufgaben entscheiden. Ein Großteil der Investitionen betrifft in diesem Jahr auch wieder das Hochwasser und ein anderer Teil sind Fördermittel, die wir aus verschiedenen Programmen erhalten haben.

In der Investitionsliste sind die einzelnen Positionen – Brandschutz, Katastrophenschutz, GS, Kita dargestellt und woraus sie finanziert werden sollen. Die Prioritäten liegen natürlich bei den Pflichtaufgaben. Eine Veränderung wurde jetzt schon gemacht und das betrifft den Friedhof in Bittkau. Man hat sich hier mit dem OR Bittkau zusammengesetzt, weil es noch das Problem der Umzäunung der Kita Lüderitz gab. Bittkau hat gesagt, dass sie ihr Bauvorhaben zunächst zurückstellen (16.000 € waren geplant). Da die Umzäunung der Kita Lüderitz nicht so viel kostet hat man zusätzlich noch die Stehle Friedhof Uchtdorf und den Medienanschluss Uetz aufgenommen.

Herr Jagolski hat eine Frage zum Ersatz Lichtsignalanlage an der Gemeinschaftsschule (Seite 1). Da steht Ersatz durch Fußgängerüberweg.

Herr Brohm erläutert, dass es das Problem gibt, dass Siemens für die Lichtsignalanlage keine Software mehr hat. Sollte die Anlage kaputt gehen, muss sie ersetzt werden, deshalb dieser Planungsansatz. Nicht, dass nachher gesagt wird, das habt ihr doch vorher gewusst, warum wurden keine Mittel eingeplant. Solange sie funktioniert, wird sie nicht ausgetauscht.

Herr Gürnth wirft ein, wenn sie denn nicht ausgetauscht werden muss, dann kann man ja das Geld woanders einsetzen.

Das bestätigt **Herr Brohm**, zu gegebener Zeit (Okt., Nov.) wird man darüber reden. Die andere Situation ist, dass man bestimmte Dinge (die im Vorjahr noch nicht im HH waren) erst angehen kann, wenn der HH genehmigt ist. In den Vorberatungen, die jetzt schon stattgefunden haben, hat man bereits darüber gesprochen. Man will sich quartalsweise den Abarbeitungsstand der Investitionen anschauen. Realistisch ist es, dass man im September guckt, wo man steht und was noch möglich ist. Bei Stark III ist man in Gesprächen, wenn man dann weiß, dass Geld kommt, muss noch einmal darüber gesprochen werden, was wirklich in diesem Jahr gemacht werden muss. Es muss nicht sinnlos Geld ausgegeben werden. Die Liste wird ja immer fortgeschrieben. Dann haben wir auch die Hochwassersituation. Das sind zwar Fördermittel, bedeuten für uns jedoch einen erhöhten Arbeitsaufwand (Planung, Umsetzung, Abrechnung). Es ist ein sehr komplexes Feld und man kann sagen, dass hier die Verwaltungen ein bisschen allein gelassen werden. So wechseln auch oft die Ansprechpartner bei den Behörden, wo man die Mittel angemeldet hat.

Herr März merkt an, dass bei der Abrechnung der Fördermittel genau geguckt wird und wenn dort ein Fehler festgestellt wird, wird es teuer.

Herr Brohm antwortet, dass man sich dessen bewusst ist und mit den zuständigen Ämtern Rücksprachen führt. Beim Einsatz von Fördermitteln, z.B. im ländlichen Wegebau wird auch immer auf die Interessenslage der Landwirte geschaut und dann sucht man den goldenen Mittelweg, um möglichst vielen Interessen gerecht zu werden und auf jeden Fall auch gesetzeskonform zu handeln. Aus den verschiedenen Fördertöpfen (setzen Eigenkapital voraus), sind eine Reihe von Maßnahmen auf der Investitionsliste.

Herrn Gürnth und Herrn März fehlen Angaben, was in den einzelnen Maßnahmen verankert ist. „Nord-West“ und „Kleine Städte und Gemeinden“ sind keine Maßnahme, da muss konkret stehen, was gemacht werden soll.

Herr Gruber sagt, dass man noch nicht weiß, wofür das Geld eingesetzt wird. Es gibt noch keine Entscheidung, ob es in das Kulturhaus gesteckt wird oder ob es woanders eingesetzt wird. Wenn der SR es möchte, kann das Geld jetzt auch in das KH fließen, aber dazu braucht man einen Beschluss.

Herr Brohm will im HA sagen, welche Maßnahmen dahinter stehen. Das Thema ist sehr komplex und man muss auch noch einmal mit den Fördermittelgebern sprechen.

Es gibt ebenfalls Investitionen im freiwilligen Bereich, das sind z.T. auch Auflagen (z.B. Kläranlagen). Da sind wir natürlich in der Verantwortung.

Als Nächstes gibt er eine Übersicht über geplante Investitionsmaßnahmen für die nächsten Jahre.

Herr Gürnth hat eine Frage zur Sanierung Friedhofsmauer Bittkau. Er fährt dort regelmäßig vorbei und fragt sich, was dort saniert werden soll.

Herr Brohm stellt fest, dass es das Ziel ist, nach Beschluss des HH'es, sofort in die Planung des HH'es 2016 zu gehen. Das bedeutet, dass man zunächst in die Ortschaften geht, denn da kommen die Planungen her. Dort wird aufgenommen, was nach Ansicht der Ortschaft gemacht werden müsste, man geht parallel in die Ausschüsse und dann muss man gucken und abwägen, was wichtig ist.

Herr Gürnth findet diese Herangehensweise richtig. Er stellt fest, dass die Investitionspauschale hauptsächlich in die Großortschaften und in die EG fließt. Ihm geht es um den Grunderwerb, Umrüstung LED-Lampen usw..

Herr Gruber sagt, dass damit alle Ortschaften gemeint sind. Die Umrüstung erfolgt nacheinander.

Herr Brohm erklärt, dass es ein Budget gibt, auf LED wird nur umgerüstet, wenn man die Straßenlampen sowieso anfasst (Windberge, Uchtdorf).

Herr Gürnth vermisst die Trauerhalle Sandfurth, die hat er seit 4 Jahren geplant.

Herr Brohm wird diesen Punkt mitnehmen.

Herr März stellt generell fest, dass die Verwaltung gut gearbeitet hat. Der HH ist gut gestaltet und ausgeglichen. Einige Änderungen sind noch einzufügen. Seiner Meinung nach ist er dann zustimmungsfähig.

Er möchte noch wissen, was heißt, nicht gedeckte Maßnahmen aus 2014 (Uetz – 21.000 € Medienanschluss Sporthalle).

Herr Brohm erläutert, dass es der Wunsch der Stadträte war, dass solche Maßnahmen sichtbar sind, auch wenn dafür im Moment noch kein Geld da ist. Im September wird geguckt, wie viel Geld noch zur Verfügung steht und dann kann eventuell noch die ein oder andere Maßnahme durchgeführt werden. Das würde dann der SR festlegen.

Herr März sagt, dass der SR den HH beschließt. Nach seiner Meinung müssten auch die „wackligen“ Maßnahmen in einer Prioritätenliste erfasst werden und dann auch in dieser Reihenfolge abgearbeitet werden.

Herr Brohm antwortet, dass man ja nicht weiß, wie viel Geld noch zur Verfügung steht. Wenn man das weiß, kann man entscheiden, was noch gemacht werden soll und ob man eine größere oder lieber 3 kleinere Maßnahmen abarbeitet.

Herr März spricht noch den Radweg Birkholz - Grieben an. Es ist gut, dass es diesen gibt, aber es kommen noch die Folgekosten und Grunderwerb dazu. Das ist fast noch einmal die gleiche Kostenhöhe. Über diese Kosten hätte man vorher informiert werden müssen.

Herr Gruber antwortet, dass es ein straßenbegleitender Radweg ist. Das Geld wurde von Weißewarte genommen und die Ortschaften Grieben und Birkholz haben einen Teil aus ihrer Rücklage dazu gegeben. Es muss jetzt noch der Grunderwerb erfolgen, dementsprechend die Vermessung durchgeführt werden und dann kann er an den zuständigen Straßenbaulastträger, hier LK, übergeben werden. Dann gibt es keine weiteren Kosten mehr.

Herr März ist als Weiteres aufgefallen, 27.000 € Ersatzinvestitionen für Wildpark Weißewarte. Er möchte wissen, was sich dahinter verbirgt.

Herr Brohm sagt, dass der SR dies schon beschossen hat. Es ging um ein Auto und einen Rasenmäher. Dies wurde aus der Rücklage finanziert.

Herr Pasiciel spricht auch im Auftrag des SV Grieben ein Problem an. Bis jetzt war es so, dass der SV Grieben sich selbst trägt. Er möchte von der EG nur die Betriebskosten (5000 €) ersetzt haben. Das hat solange immer die Gemeinde Grieben übernommen. In diesem Verein sind weit mehr als 200 Mitglieder, darunter auch 80 Kinder und er hat eine große soziale Funktion. In der EG gibt es SV'e, die 30.000 – 40.000 € erhalten, da handelt es sich bei Grieben um eine weitaus geringere Summe. Er bittet, dass das Geld mit eingestellt wird (bisher nur 2.000 €).

Herr Brohm sagt, dass er beim SV in Grieben war und dort auch sehr gut zugehört hat. Er ist lernfähig. Diese Mittel wurden jetzt eingeplant. Man steht vor der generellen Herausforderung, dass man historisch gewachsene Entwicklungen in jedem einzelnen SV hat. Weil wir jetzt eine EG sind, sind wir aufgefordert, Vergleichbares herzustellen. Das Geld einzustellen ist die eine Seite, aber was er damit erreichen wollte, war eine Diskussion darüber, wie weiter verfahren werden soll und diese ist angelaufen. Es kommen jetzt viele SV'e auf ihn zu und sagen, wir brauchen nur diese oder

jene Mittel und erzählen ihm, was sie alles machen. Das ist faszinierend. Er ist auch der Meinung und sagt, da wo Engagement ist, muss die EG der Fels in der Brandung sein und sagen, das stütze ich. Das müssen wir so gestalten, dass es transparent ist. Das hat er auch im Kultur- und Sozialausschuss so erläutert.

Herr Pasiciel spricht noch das Kulturhaus an und möchte den Stand wissen. Er fragt weiterhin, ob schon jemand Herrn Jacob angeboten hat, ihm das KH zu schenken.

Herr Brohm möchte an dieser Stelle keine Diskussion aufmachen. Er würde gern im Juni/ Juli in einer Arbeitsgruppe zusammenkommen, wo die Fakten nochmals dargestellt werden sollen. Der SR ist dann gefordert und muss entscheiden, wie es weitergehen soll. Parallel machen wir aber schon etwas und zwar die Umsetzung des geforderten Konzeptes. Dieses ISEK bedeutet ja Verbindung Ortschaften und Stadt (Grundzentrum) und welche Rolle spielt das KH. Er hat im Kultur- und Sozialausschuss auch gesagt, dass wir es weiter bespielen werden, wie in der Vergangenheit auch.

Herr Osterwald hat eine Frage zum Brandschutz. Ihm ist aufgefallen, dass hier nur 15.000 € eingestellt wurden. Ihm erscheint dies als zu wenig, wenn man die alten Gerätehäuser und den Fuhrpark betrachtet. Brandschutz ist eine Pflichtaufgabe.

Herr Brohm erläutert, dass die Summe steigen wird. Sie geht einher mit der Risikoanalyse. Man ist sich dessen bewusst, dass man etwas tun muss.

Frau Gruber fragt, ob investive Maßnahmen alles ab 1000 € sind.

Herr Brohm nimmt die Frage mit.

Herr Gruber sagt, dass es hier um Brunnen geht.

Herr März stellt fest dass es zum KH einen Beschluss gibt, aber es gibt auch Folgebeschlüsse, die besagen, dass ein Konzept vorliegen muss.

Er spricht an, dass man einen Reservefonds (z.B. 10.000 €) bilden sollte, woraus dann Kleinreparaturen in den Ortschaften (Dachrinne) kurzfristig finanziert werden sollten. Wenn man erst 2 Jahre warten muss, ist der Schaden 3 x so groß.

Frau Gruber ist aufgefallen, dass es bestimmte Zahlenwerte gibt, wo es hohe Differenzen zum Vorjahr gibt. Im Park war es z.B. so, 2014 – 31.000 € geplant; 2015 – 10.000 €. Hier fehlt ihr einfach eine Erklärung. Dann muss man nicht erst nachfragen.

Herr Gürnth sagt, das gleiche Problem hatten sie in ihrer Fraktion auch. Insgesamt findet man den HH lobenswert, auch der Zeitpunkt. Er muss hier auch die Verwaltung einmal loben. Man sollte die Hinweise einarbeiten und danach dem HH zustimmen.

Herr Brohm stellt fest, dass noch harte Arbeit vor der Verwaltung liegt. Der Fahrplan sieht so aus, dass in der nächsten Woche im HA und dann im SR der HH noch einmal besprochen werden soll. Ziel ist der Beschluss in einer gesonderten SR-Sitzung Anfang Juni.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Herr Jagolski, stellt die **BV 145/2015 unter Einbeziehung der Änderungen**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des Gesetzes zur Reform des Kommunalverfassungsrechts des Landes Sachsen-Anhalt und zur Fortentwicklung sonstiger kommunalrechtlicher Vorschriften vom 14. Juni 2014 (Kommunalrechtsreformgesetz) § 100 die Haushaltssatzung und § 101 den Haushaltsplan der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Haushaltsjahr 2015 gemäß beiliegender Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen 7 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enth.

TOP 7 Information zur neuen Förderphase Leader/ CLLD 2014-2020

Herr Brohm gibt Informationen zur neuen Förderphase Leader/CLLP 2014 -2020. Im letzten Jahr wurde ein Ideenwettbewerb ausgelobt, um zu wissen, was getan werden soll. Leader orientiert sich an konkreten Objekten. Dazu braucht man ein Konzept. Deswegen musste sich die LAG UTE ein LES (lokale Entwicklungsstrategie) geben. Zunächst musste eine Analyse erfolgen (Siedlungsstruktur, Bevölkerung und...). Leader orientiert sich sowohl am KEK als auch am Stadtentwicklungskonzept der alten Stadt Tangerhütte. Leader bezieht sich auf die 3 Kommunen Tangerhütte (Tgh), Tangermünde (Tgm) und Stendal (SDL). Von der Fläche her ist Tangerhütte ausschlaggebend. Das Neue an Leader ist jetzt, dass die Städte, auf jeden Fall Tgh und Tgm und teilweise auch SDL mit bestimmten Projekten, davon profitieren. Die Möglichkeiten, etwas zu tun, sind größer geworden.

Protokoll der Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Man kann verschiedene Fördertöpfe nutzen. Das macht es aber auch nicht einfacher, weil 5 Ministerien dahinter stecken, d.h. das man für jedes Projekt ein anderes Ministerium anfragen muss. Er übergibt den Ausschussmitgliedern eine Übersicht über Projektvorschläge (Liste erhalten auch die anderen SR mit Unterlagen zur Sitzung). Insgesamt sind 120 Projekte eingereicht worden, das sind zum Teil fertig ausgeplante Objekte von Planern, teilweise sind es Projektideen von Bürgern. Dann wurde analysiert, wie nachhaltig die Projekte sind und ob der Träger in der Lage ist, es auch umzusetzen. Es ist keine Prioritätenliste, weil es noch keine Richtlinie gibt und man nicht weiß, was wie (Eigenkapital notwendig, Eigenleistungen möglich) gefördert wird.

Dieses Konzept wurde von November bis Januar erarbeitet. Er hat da die Bürger, Stadträte, Ortsbürgermeister mitgenommen und man hat Ideen herauskristallisiert und gesagt, dass man es sich vorstellen könnte, dass die Kommune da mitgeht. Das Land will innovative Ideen sehen. In der Liste stehen im Augenblick Maßnahmen für deren Umsetzung man 12 Mio € benötigten würde. Das ist unrealistisch und man muss Abstriche machen. Wir müssen uns genau überlegen und prüfen, was wir machen wollen und was nachhaltig ist. Anderenfalls müssen eventuell Fördermittel zurückgezahlt werden. Aufgrund von Zeitschwierigkeiten wurde die Liste nicht mit dem SR abgestimmt, aber es ist auch keine Prioritäten-/ Umsetzungsliste. Diese Liste wird fortgeschrieben, dazu braucht man die Mitarbeit der Bürger, Ortsbürgermeister, Ortschaftsräte, Stadträte. Zu gegebener Zeit muss der SR natürlich über kommunale Projekte entscheiden.

Wenn die Richtlinien vorliegen, dann weiß man, wie weiter verfahren werden kann. Dann werden Planer benötigt (einige Sachen kann man auch allein machen). Das Leadermanagement wird dann europaweit ausgeschrieben, das dauert auch ca. ein halbes Jahr. Für den HH 2016 müssen Mittel eingestellt werden, wenn kommunale Projekte umgesetzt werden sollen. Es muss noch abgesprochen werden, wie es laufen soll. Ob man einen Fonds bildet und dann sukzessiv entschieden wird, was gemacht werden soll oder ob man schon konkret bestimmte Projekte weiß. Er hofft, dass man in einem Jahr arbeitsfähig ist. Es ist ein sehr aufwendiger Prozess.

TOP 8 Informationen des Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Informationen durch den Ausschussvorsitzenden.

TOP 9 Anfragen und Anregungen

Frau Gruber möchte etwas Positives berichten. Sie hat den Brandübungscontainer am FW-Gerätehaus gesehen und fand es toll, dass für die Atemschutzgeräteträger eine solche Ausbildung in Tangerhütte angeboten wurde.

Herr Osterwald war selbst in dem Container drin und kann das nur bestätigen.

Er hat festgestellt, dass in der Gemarkung Windberge/ Buchholz/ Bellingen neue Windräder aufgestellt werden sollen. Dort gibt es ja dann ein zusätzliches Gefahrenpotential. Seine Frage ist jetzt, ob mit den Betreibern schon darüber gesprochen wurde, wie damit umgegangen werden soll. Die FW braucht dazu eine separate Ausbildung, zusätzliche Technik usw.. Vielleicht besteht die Möglichkeit, dass sich die Betreiber an den Kosten beteiligen.

Herr Brohm antwortet, dass man das im Rahmen der Risikoanalyse im Hinterkopf gehabt hat bzw. hat. Die Frage einer möglichen Unterstützung wird gestellt werden.

Herr Gürnth spricht noch die Parkerei in der Breiten Straße an. Nach seiner Meinung dürfte das beidseitige Parken nicht erlaubt sein. Er bittet um eine Überprüfung.

Weitere Fragen gibt es nicht.

Herr Jagolski schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:57 Uhr.